

Miesbacher Merkur

Redaktion: Tel. (0 80 25) 2 85-21 | redaktion@miesbacher-merkur.de

Anzeigen & Zustellung: Tel. (0 80 25) 2 85-0 | service@miesbacher-merkur.de

FREITAG, 25. JANUAR 2019

I. rund 1200
II. rund 2400
III. rund 3600

Petition siegt auf ganzer Linie

KOMMENTAR



Votum ist Basis fürs Verfahren

DIETER DORBY

Voller Erfolg für die Petition – dass die Einwender jubeln, liegt auf der Hand. Es ist aber generell ein wichtiges Zeichen. Das Verfahren zur Wasserschutzzone erfordert Zugeständnisse aller Beteiligten. Um dafür Akzeptanz zu bekommen, ist ein Höchstmaß an Neutralität unabdingbar. Allein der Anschein eines Zweifels an der Ergebnisoffenheit der verfahrensführenden Behörde, dem Landratsamt, bedeutet auf Dauer eine vergiftete Atmosphäre. Kritik und Petition als politische Kampagne abzutun, wird der Sache nicht gerecht. Landrat und Verwaltung haben leider eine Vielzahl an Angriffsflächen geboten, die auch unbeteiligte Beobachter befremdet haben. Ein Neustart ist die wohl sauberste Lösung.



Erleichterte Kritiker: Bei der Pressekonferenz im Landtag zeigten sich (v.r.) Bürgermeisterin Ingrid Pongratz, FW-Abgeordneter Benno Zierer, Anwalt Benno Ziegler und Landwirt Alois Fuchs optimistisch, dass das Verfahren neutral fortgesetzt werde. FOTO: DDY

zogen, der laut Atemalkoholtest mehr als zwei Promille intus hatte. Den Mann erwartet ein Strafverfahren, sein Führerschein wurde sichergestellt. Die Sachbearbeitung liegt nun bei der Autobahnpolizei. ^{ag}

Auflösung

II. ist richtig. Das Petitionsrecht ist in der bayerischen Verfassung seit 1946 verbrieft, seit 1993 regelt das Petitionsgesetz Näheres.

IHRE REDAKTION

für die
Stadt Miesbach

und die Gemeinden
Bayrischzell
Fischbachau
Hausham
Irschenberg
Schliersee

Tel. (0 80 25) 2 85-0
Fax (0 80 25) 2 85-33
redaktion@miesbacher-merkur.de

Petitionen stehen nicht in dem Ruf, große Erfolgsaussichten zu haben. Umso bedeutsamer ist es, dass der Umweltausschuss des Landtags gestern dem Ansinnen des Vereins Heimatwasser gefolgt ist – auf bestmögliche Weise. Das Umweltministerium muss nun prüfen, ob der Erörterungstermin zur Wasserschutzzone rechtmäßig geführt wurde.

VON DIETER DORBY

Miesbach/München – Es ist ein unerwartet klares Ergebnis: Der Umweltausschuss des Bayerischen Landtags hat gestern die Petition des Vereins Heimatwasser zur Würdigung an das zuständige Umweltministerium überwiesen. Damit wird auf oberster Behördenebene geprüft, ob der dreitägige Anhörungstermin in Miesbach Ende September (wir berichteten) im Ausweisungsverfahren zur Wasserschutzzone Reisach-Thalham-Gotzing rechtmäßig durchgeführt worden war.

„Das ist das bestmögliche Ergebnis, das wir bekommen konnten“, stellte Anwalt Benno Ziegler, der die fünf Peten-



ten vertritt, fest. Dem Erfolg war ein intensives, knapp einstündiges Ringen vorangegangen. Während der erste Berichterstatter Alexander Flierl (CSU) die Vielzahl an Verfahrensverstößen aufzählte – Vorfestlegung von Land-

rat Wolfgang Rzehak (Grüne) auf Ausweisung, Videoaufzeichnung des Termins, angeordnetes Entfernen eines Anwalts mit Polizeigewalt, Besprechung mit Vertretern der Stadtwerke München und „diffamierende Posts“ des Landrats auf Facebook –, versuchte der zweite Berichterstatter Florian von Brunn (SPD), dem Thema einen politischen Anstrich zu geben: „Der Ausschuss soll instrumentalisiert werden. Die CSU will den Amtsträger zur Kommunalwahl sturmreif schießen.“ Auch gehe es um das Trinkwasser von 1,5 Millionen Münchnern. Die Vorwürfe seien haltlos, wie es auch

die Regierung von Oberbayern auf 14 Seiten schriftlich eindringlich geschildert habe.

Brunns Vorwurf, die Petition wolle das Ergebnis des Verfahrens beeinflussen, widersprach Ziegler, der beim Erörterungstermin eine Vielzahl an Befangenheitsanträgen gegen den Landrat und dessen drei Abteilungsleiter gestellt hatte: „Es geht nicht um ein Verhindern oder Wasserabgraben, sondern um ein sauberes rechtsstaatliches Verfahren.“ Die Petenten würden nur um „Ergebnisoffenheit des Landrats“ bitten.

Der Ausschuss unterstützte die Petition mit Würdigung und Protokoll gegen die Stim-

men von SPD und Grünen. Bei der anschließenden Pressekonferenz sagte Ziegler: „Das ist ein großer Tag für den Rechtsstaat.“ Stimmkreisabgeordnete und Landtagspräsidentin Ilse Aigner (CSU), die kurz vorbeischaute und sich informierte, wertete das Ergebnis positiv: „Mir ist ein transparentes, ergebnisoffenes Verfahren wichtig. Das kann ein Neuanfang sein.“ Ziegler erwartet nun wie Ingrid Pongratz, Bürgermeisterin der einwendenden Stadt Miesbach und Vize-Landrätin, dass das Verfahren zurück auf Null gestellt wird. Das bedeutet: zurück auf den Stand vom April 2014, bevor Rzehak Landrat wurde – falls das Ministerium eine Befangenheit bestätigt.

Rzehak indes wartet in einer ersten Reaktion auf Anweisung aus dem Umweltministerium, wie es weitergehen soll. Das Votum pro Petition sei „an den Haaren herbeigezogen. Es geht um eine politische Kampagne. Es wird nicht verkraftet, dass im Kernland der CSU ein Grüner Landrat ist und seine Sache noch dazu ganz gut macht.“ Ein freiwilliger Rückzug aus dem Verfahren sei für ihn kein Thema: „Es geht nur darum, den grünen Landrat bloßzustellen.“